

„Ein schlechtes Gewissen hilft nicht“

Durch persönlichen Verzicht das Klima retten? In unserer Gesellschaft ist das gar nicht möglich, sagt der Klimawissenschaftler Anders Levermann. Ein Gespräch über Fahrräder und Flugreisen, Stromtrassen und Windkraftanlagen

Herr Levermann, wie viel kann der Einzelne wirklich tun, um das Klima zu retten?

Es ist natürlich toll, wenn jeder sich verantwortlich fühlt und versucht, so viel wie möglich in seinem Alltag für die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen zu tun. Wir haben in Deutschland im Vergleich zu ärmeren Ländern ja eine wesentlich schlechtere CO₂-Bilanz, jeder Einzelne von uns. Aber in unserer heutigen Wirtschaftsweise kann man die nötigen Werte gar nicht vollständig erreichen, selbst wenn man alles versucht. Ein Leben ohne jede CO₂-Emission ist nicht möglich. Man müsste dafür quasi ganz aus der Gesellschaft aussteigen, und das ist sicher nicht sinnvoll.

Die pure Teilhabe an der Gesellschaft führt zu einem CO₂-Ausstoß?

Ja, der physikalische Fakt ist, dass wir innerhalb weniger Jahrzehnte auf null Emissionen kommen müssen, wenn wir unser Klima stabilisieren wollen. Das bekommt man als Einzelperson nicht hin. Sondern dafür gibt es die Politik. Menschen, die wir wählen, damit sie die richtigen Rahmenbedingungen setzen, etwa mit einem staatlichen CO₂-Preis.

Es reicht also nicht, weniger Auto zu fahren, weniger zu fliegen und das Haus zu dämmen?

Der Punkt ist, schon wenn Sie in einem normalen Supermarkt einkaufen, ist alles darin mit dem Auto dorthin transportiert worden, oder mit der Bahn oder sogar mit dem Flug-

zeug. Sogar im Fahrrad, mit dem Sie zum Bio-Supermarkt fahren, steckt CO₂, denn es wurde irgendwann aus Stahl oder Aluminium produziert und mit einem Laster in den Fahrradladen transportiert. Es ist ein unglaublicher Aufwand, stundenlang vor dem Supermarktregal zu stehen und sich zu zermartern, welches Produkt nun das Beste ist. Da fühlt man sich nur schlecht. Und wenn das schlechte Gewissen dazu führt, dass sich Leute ganz vom Klimaschutz abwenden – da wird das Ganze dann kontraproduktiv.

Man leugnet also den Klimawandel, weil man sich sonst schlecht fühlen könnte?

Wenn Klimaschutz individualisiert wird, also auf den Einzelnen abgewälzt, statt dass die Politik handelt, dann ist das ein großes Ablenkungsmanöver. Die Gewissensfrage, welche Welt hinterlassen wir unseren Kindern, die stellt sich im Parlament, nicht im Supermarkt. Sich selbst klimaschonend zu verhalten, ist eine tolle Sache. Aber wenn wir nicht als Staat gemeinsam handeln mit gleichen Regeln für alle, sondern jeder allein die Welt retten soll, führt das zu einer Reihe von Abwehrhaltungen. Das kann das Leugnen sein, aber auch einfaches Ignorieren, Verharmlosung oder Hilflosigkeit: Man fragt dann, was kann ich denn überhaupt noch machen oder essen. Und das lähmt.

Was kann der Einzelne stattdessen tun?

Das Wichtigste ist einzufordern, dass unsere gesamte Energieversorgung, unsere gesamte Industrie, die Betonproduktion, der Hausbau, dass also das gesamte System CO₂-neutral wird. Das ist eine riesige Sache. Und diesem Strukturwandel, der damit einhergeht, darf man sich dann nicht in den Weg stellen.

Das klingt, als könnte man sich doch aus der Verantwortung stehlen.

Nein. Wer immer schlimmere Wetterextreme und Meeresspiegelanstieg vermeiden möchte, muss zum Beispiel akzeptieren, dass zur Emissionsreduktion CO₂ einen fairen Preis bekommt. Er oder sie muss nicht jedes einzelne Windrad schön finden, nicht jede neue Stromtrasse. Aber jeder muss die Entscheidung treffen: Das ist mir die Zukunft meiner Kinder wert. Es gehört zu diesem Strukturwandel hin zum emissionsfreien Wirtschaften, den wir unbedingt brauchen. Das Fahrradfahren oder der Verzicht auf die Flugreise, das ist zusätzlich.



Hatte das Predigen vom persönlichen Verzicht denn gar keinen Effekt?

Seit wenigstens dreißig Jahren versuchen wir, über die Individualschiene etwas zu tun. Das hat aber nicht dazu geführt, dass wir auch nur ansatzweise eine Mehrheit von Leuten dafür bekommen haben, die tatsächlich etwas gegen den Klimawandel tun.

Sie sprechen von zehn Prozent von Menschen, die sich sehr bewusst verhalten.

Ja, es pendelte über die Jahre zwischen fünf und 15 Prozent. Aber auch diese Leute kommen nicht auf null Emissionen. Und über lange Strecken hatten wir eine riesige Mehrheit von Leuten, die entweder passiv nichts tun oder es sogar offen ablehnen. Und das finde ich verständlich. Die Politik ist in der Pflicht, nicht die einzelnen Menschen.

Woher kommt das Konzept, den Einzelnen so stark in die Pflicht zu nehmen?

Das weiß ich nicht wirklich, aber der Klima-

schutz ist aus der Umweltbewegung entstanden, und die hatte immer schon auch eine sehr individuelle Komponente. Zu Beginn ging es vor allem um Chemie, die die Umwelt zerstörte. Der Rhein war gekippt, Umweltminister Töpfer ging darin baden, um zu beweisen, dass alles gar nicht so schlimm war, die Ostsee war gekippt, und da konnte jeder Einzelne auf diesen oder jenen schlimmen WC-Reiniger verzichten, um etwas zu ändern.

Gab es nicht auch politische Versäumnisse, die es nahelegten, die Sache in die eigene Hand nehmen zu wollen?

Es gab Versäumnisse, und auch eine Entfremdung deswegen. Aber mir wäre es zu einfach, nun alles den Gewählten anzulasten, es liegt schon auch an uns Wählern. Genau wie die Wirtschaft das produziert, was wir kaufen wollen, wird die Politik das umsetzen, was wir als Hauptthema klassifizieren. So ist es seit sieben Jahren mit der Arbeitslosigkeit. Sie ist das große Thema, das alle Menschen umtreibt, und die Politik entwickelt Konzepte dagegen. Wir müssen den Klimaschutz mindestens für die nächsten dreißig Jahre zu einem Hauptthema der politischen Agenda machen.

In Deutschland geht es derzeit teils in die andere Richtung. Bürgerinitiativen kämpfen gegen Stromtrassen, der Ausbau der Windenergie ist zuletzt fast zum Stillstand gekommen.

Man muss auch nicht überall eine Windkraftanlage hinstellen, sondern wir brauchen ein europäisches Netz mit einer europäischen Lösung. Das heißt, man stellt die Anlagen dorthin, wo weniger Leute wohnen, in Mecklenburg-Vorpommern, in Nordafrika, ins Meer. Wir brauchen von Skandinavien bis Nordafrika ein gemeinsames Netz, was mit Speichern und erneuerbaren Energien zusammen das Problem löst. Deswegen ist der Einzelne nicht aus der Verantwortung entlassen, aber sie liegt eben woanders als bisher gedacht. Der Einzelne kann Erklärungen verlangen, wie die Anlage vor der Tür in das große Konzept passt, dass zum Beispiel Abstandsregeln geschaffen und eingehalten werden. Und wenn alles passt, dann muss er es akzeptieren. Was nicht geht, ist zu sagen: Ja, wir brauchen die Energiewende, aber bitte nicht bei mir.

Die Fragen stellte **Susanne Kusicke**.



Eine Kilowattstunde Strom verursacht beim aktuellen Strommix in Deutschland etwa 474 Gramm CO₂. Im Jahr 1990 waren es noch 764 Gramm.